über, die Unterstützung abzubauen und Pflichtarbeit einzuführen.

Im Dezember 1923 verlangte die **kommunistische Fraktion die Beseitigung der Pflichtarbeit, wandte sich gegen den 10prozentigen Abbau der Unterstützung und beantragte eine Sonderunterstützung von 60 Goldmark für Verheiratete, 50 Goldmark für Ledige und 20 Goldmark für jedes Kind.**

Am 17. Januar 1924 wurden alle diese Anträge gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Für die SPD begründete bereits im Dezember 1923 der „linke" Gruppe die Ablehnung. Sie hielten die Pflichtarbeit für sehr gut für die Erwerbslosen.

In einer **Verfügung vom 18. Januar 1924** verbot die Luther-Regierung die Zahlung von Prämien und Zuschlägen an „Notstandsarbeiter".

Die kommunistische Fraktion verlangte am 1. Februar, **die sächsische Regierung die Aufhebung von der Reichsregierung fordern und die Durchführung in Sachsen unterbinden solle.**

Auch dieser Antrag wurde gegen die KPD abgelehnt.

Am 1. April 1924 waren in Sachsen 109 677 unterstützte Erwerbslose vorhanden. Diese Zahl sank bis zum 1. Juni auf 25 800 und stieg von da an wieder bis auf 65 000 im September.

Erneut stellte die Fraktion einen Antrag (Nr. 983), die **Unterstützung um 100 Prozent zu erhöhen, Männer und Frauen gleichzustellen, während der ganzen Dauer vom ersten Tage an Unterstützung zu zahlen, bei Ausnahmsarbeiten den Erwerbslosen keine Lohnsteuer abzuziehen und die Pflichtarbeit zu beseitigen. Außerdem sollten als Winterhilfe 5 Zentner Kohlen und pro Kopf 1 Zentner Kartoffeln geliefert werden.**

Diese Anträge wurden im Januar 1925 — wie alle anderen — wieder gegen die KPD abgelehnt. Das einzige, was die SPD, für die Erwerbslosen tat, waren eine Reihe von Wünschen an die Regierung, die diese zu nichts verpflichteten.

Trotz aller frommen Wünsche des Landtags und der SPD zerfiel die Wirtschaft immer mehr. Die Zahl der Erwerbslosen, die in Deutschland bis zum 15. Oktober 1925 auf 299 000 zurückgegangen war, stieg bis 15. November auf 471 000 Unterstützte.

Wieder zwang die Fraktion die Parteien, Stellung zur Erwerbslosenfrage zu nehmen.

In einem neuen Antrag (Nr. 1571) forderte sie im November **als Unterstützung 50 Prozent des Tariflohnes, Gleichstellung der Männer und Frauen, Unterstützung während der ganzen Dauer, keine Pflichtarbeit, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Notstandsarbeiten in großem Umfange zu tariflichen Löhnen.** Außerdem sollte die sächsische Regierung **jedem Erwerbslosen, der bis zu 12 Wochen arbeitslos war, 50 Mk. und über 12 Wochen 75 Mk. sowie für jedes Kind 10 Mk. einmalige Beihilfe zahlen. An Lebensmitteln sollten pro Kopf 1 Zentner Kartoffeln, 2 Kilo Fleisch und für jeden Haushalt 5 Zentner Kohle umsonst zur Verfügung gestellt werden.**

Am 17. Dezember wurden auch diese Anträge, obwohl die Zahl der Erwerbslosen 2 Millionen überschritt, gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Bereits im Januar 1926 zwang die Fraktion die Parteien, wieder Stellung zu nehmen.

Sie verlangte im Antrag (Nr. 1643) **Beschaffung von Arbeit für alle Erwerbslosen, Wiederaufnahme stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften, gesetzliche Festlegung des Achtstundentages als Höchstarbeitszeit, Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent und alles, was von den übrigen Anträgen bereits gefordert wurde.**

Die SPD hatte inzwischen auf ihrem Landesparteitag einen Antrag, den Erwerbslosen 10 Millionen Mark und für die Notstandsarbeiten ebenfalls 10 Millionen Mark zu bewilligen, angenommen. Bisher hatte die SPD — Rechte wie Linke — alle Anträge der kommunistischen Fraktion als undurchführbar und ungesetzlich abgelehnt. Jetzt ging es auf einmal anders.

Mit diesen Anträgen sollte den Arbeitern die Koalitionspolitik aus dem Gedächtnis gestrichen und die Arbeiter erneut an die SPD gefesselt werden.

Für die Forderung der kommunistischen Fraktion, allen verheirateten Erwerbslosen als einmalige Beihilfe 100 Mark, den Ledigen 50 Mark und für jedes Kind 10 Mark sowie die Miete zu bezahlen, Brennmaterial, Kartoffeln und Milch an die Kinder zu liefern, wäre eine Mehrheit im Landtag vorhanden gewesen, wenn es der SPD tatsächlich darum zu tun war, den Erwerbslosen zu helfen.

Schon bei der Begründung ihrer eigenen Anträge fiel die SPD wieder auseinander und verhinderte so auch die Annahme der kommunistischen Anträge. Am 25. März 1926 stimmte nur die linke SPD mit der kommunistischen Fraktion für die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge.

Damit erhielten die Erwerbslosen wieder nur das, was die Reichsregierung im Auftrage der Schwerindustrie zugestand.

Im Mai 1926 verlangte die kommunistische Fraktion erneut **eine 50prozentige Erhöhung und den schärfsten Kampf gegen das Lohnklassensystem.** Das Lohnklassensystem bedeute für 95 Prozent der Erwerbslosen Herabsetzung der Unterstützung. Da der Höchstsatz nicht mehr als 80 Prozent des Lohnes betragen darf, die Unternehmer aber dauernd die Löhne herabsetzen wollen, bedeutet dieses System mit dem Sinken der Löhne zugleich eine dauernde Senkung der Unterstützungssätze.

Bei diesem Antrag war die Einheitsfront von der linken SPD bis zu den Deutschnationalen wieder hergestellt. Gemeinsam lehnten sie eine 50prozentige Erhöhung ab und traten für das Lohnklassensystem, den Abbau der Fürsorge ein.

Die kommunistische Fraktion hat in den 4 Jahren sächsischen Landtages die Interessen der Erwerbslosen vertreten. Nur sie hat immer und immer wieder SPD und bürgerliche Parteien gezwungen, sich mit dem Elend der Erwerbslosen zu beschäftigen. Eine Hilfe wurde in allen Fällen abgelehnt. Zur Unterstützung der Erwerbslosenanträge waren oft Delegationen aus allen Teilen Sachsens im Landtag, haben mit allen Parteien verhandelt und zu verhandeln versucht; überall wurden sie abgewiesen; einige Male mit der Polizei aus dem Landtag entfernt. Volle Unterstützung fanden die Erwerbslosen nur bei der KPD.

Diese 4 Jahre Landtag mit seiner Arbeit zeigen dieses Parlament immer in Kampfstellung gegen die Erwerbslosen. Immer erklärten sich die Parteien mit Ausnahme der Kommunisten mit den Maßnahmen der Regierung, die jederzeit die Befehle der Reichsregierung gegen die Erwerbslosen durchführte, einverstanden. **Das Programm der Reichsregierung, ob sie Cuno, Luther, Marx oder sonstwie hieß, war: Abbau der Unterstützung, Einführung der Pflicht- und Zwangsarbeit, Degradierung der Arbeitslosen zu Lohndrückern, um auf diese Weise die kapitalistische Wirtschaft zu retten und den Ausbeutern den Profit zu sichern.**

Wehrten sich die Erwerbslosen dagegen, gingen sie auf die Straße, dann setzte die sächsische Regierung Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die Erwerbslosen ein. Zahllose Tote, von der Sipo und Reichswehr in den Straßen Sachsens erschossen, mit Arbeitern überfüllte Gefängnisse und Zuchthäuser zeugen von der rücksichtslosen Brutalität der sächsischen Regierung gegen die Erwerbslosen und die Arbeiter. Der Landtag von der SPD bis zu den Deutschnationalen stellte sich schützend vor diese Regierung, wenn die kommunistische Fraktion im Landtag Rechenschaft verlangte. Hohn für die Opfer dieser Politik und eine neue Kommunistenhetze war die Antwort der ganzen Gesellschaft.

Was haben die Arbeiter, was haben die Erwerbslosen daraus zu lernen?

4 Jahre Not und Elend; als Zukunftshoffnung den Friedhof für sich und die ihren und keine Hilfe vom bürgerlichen Parlament und seinen Parteien!

Wer hilft den Erwerbslosen?

Die eigene Kraft des Proletariats, die geschlossene Einheitsfront aller Arbeiter und Besitzlosen. Was beim Tode Legiens die bürgerliche Presse erklärte: **„Gegen den Willen der geschlossenen Gewerkschaften kann sich keine Regierung auch nur einen Tag behaupten!" ist heute noch wahrer als damals. Die Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften müssen gemeinsam mit den Erwerbslosen für Sachsen am 12. August die Einheitsfront des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes für Sachsen herstellen. Sie müssen gemeinsam mit den Werktätigen ganz Deutschlands für den außerparlamentarischen Kampf rüsten!**

Die schwarz-weiß-rote Wahlfront in Sachsen

Bekanntlich hatten die faschistischen Organisationen, wie Stahlhelm, Jungdo, Werwolf usw., vor kurzem einen Aufruf veröffentlicht, in dem die bürgerlichen Parteien aufgerufen wurden, zur Sammlung aller nationalen Kräfte bei den kommenden Landtagswahlen eine Einheitsfront zu schließen, um damit den Einfluß der Arbeiter zurückzudrängen. Im Falle des Zustandekommens dieses schwarz-weiß-roten Wahlblocks sicherten die Hakenkreuzlerverbände ihre Unterstützung im Wahlkampf zu. Die Deutschnationale Volkspartei erklärte sich sofort bereit, den Bedingungen und dem Vorschlag der faschistischen Verbände nachzukommen. Heute veröffentlicht die Tribüne eine Erklärung der Volkspartei, die zu diesem Aufruf Stellung nimmt. Darin wird erklärt, daß die Volkspartei bereit sei, auf der Grundlage des ersten Aufrufes der faschistischen Verbände an der nationalen Sammlung mitzuarbeiten. Es muß damit gerechnet werden, daß bei den kommenden Wahlen zur Abwehr des Einflusses der Arbeiter der schwarz-weiß-rote Wahlblock aller bürgerlichen Parteien mit der Unterstützung der völkischen Verbände zustande kommt.

Für den Kongreß der Werktätigen

Die am 31. Juli stattgefundene Versammlung der Ortsgruppe Riesa d. Rheinischen Fabrikarbeiterverbandes nahm u. a. Stellung auch zur Frage der Teilnahme an dem bevorstehenden Kongreß der Werktätigen. Es wurde beantragt, einen Kollegen aus den Farbwerken zu dem im Herbst tagenden Kongreß zu delegieren und die Zahlstelle Höchst des FAV mit der Einleitung der dazu notwendigen Schritte zu beauftragen, was eine lebhafte Debatte hervorrief. Die Reformisten versuchten mit allen Mitteln, den Antrag zu Fall zu bringen, indem sie wieder mit dem Statut und Ausschluß drohten; aber alle ihre schönen Reden nutzten nichts. Die Arbeiterschaft sieht die Notwendigkeit ein, so daß der Antrag angenommen wurde. Nunmehr hat die Zahlstelle Höchst des FAV das Wort, und es ist zu wünschen, daß auch die übrigen Ortsgruppen der Zahlstelle Höchst dem Beispiel von Riesa folgen und dem Antrag überall zur Annahme verhelfen.

Hetze gegen die KPD

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen bürgerlicher Blätter ist am Sonntag früh in Heringsdorf ein Berliner Arzt von Betrunkenen erschossen worden. Der „Berliner Lokalanzeiger" schwindelt sofort in seiner Montagausgabe, daß die Täter Kommunisten seien.

Kühn verbietet die Rot-Front-Zeitung

Das Pressamt des Dresdner Polizeipräsidiums teilt folgendes mit: Das Polizeipräsidium hat die Beschlagnahme einer noch innerhalb der Verbotsdauer der „Arbeiterstimme" mit der Bezeichnung „Rot Front" zur Verbreitung gelangten Druckschrift verfügt.

In der Mitteilung des Pressamtes des Dresdner Polizeipräsidiums heißt es, daß die von der Gauleitung des Roten Frontkämpferbundes Ostsachsen herausgegebene Zeitung „Rot Front" angeblich ihrem Inhalt nach als Ersatzblatt der für die Zeit vom 24. Juli bis zum 6. August verbotenen „Arbeiterstimme" anzusehen ist. Wahrscheinlich wird sich Herr Kühn nicht nur mit dem Verbot der „Rot-Front"-Zeitung begnügen, sondern außerdem noch eine Justizaktion wegen Preßvergehens gegen den Herausgeber einleiten. Herr Kühn hat mit seinen Unterdrückungsmethoden die Maßnahmen des alten monarchistischen Regimes längst übertroffen.

Die Münchner „Neue Zeitung" beschlagnahmt

München, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I ist heute die Beschlagnahme der „Neuen Zeitung" vom 7. August verfügt worden, da die darin enthaltenen Artikel über den Gürtner-Skandal angeblich den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Ein Aufgebot von Kriminalpolizeibeamten durchsuchte Verlag und Redaktion, fand aber nur [illegible] Exemplare der Zeitung.

Er hat kein Geld

Die „Breslauer Volkswacht" veröffentlicht ein Schreiben aus dem Hause Doorn, das eine Breslauer Dame erhalten hat, die sich in ihrer finanziellen Not an Wilhelm II. in Doorn wegen einer Unterstützung gewandt hatte. Das Schreiben lautet: „Auf Ihr an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtetes Gesuch vom 2. Juni muß Ihnen leider erwidert werden, daß es nicht möglich ist, Ihnen das erbetene Darlehn zu gewähren. Seit über sieben Jahren ist das Privatvermögen Sr. Majestät beschlagnahmt. Alle Nachrichten, daß aus den Einkünften davon Seiner Majestät dem Kaiser irgendwelche Mittel zufließen, sind absolut aus der Luft, tendenziös, erlogen. Wie ungewiß für die Zukunft die persönlichen Verhältnisse des preußischen Königshauses und damit auch des Kaisers zu beurteilen sind, werden Sie selbst ermessen können. Auch der Ausgang des Volksentscheides hat an der beschedenen Lage bisher nichts ändern können. Ergebenst Graf Lintenstern."

Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Republik sich besinnt und dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist.

Die zweite deutsche Arbeiter-Delegation in Moskau

Moskau. Am 4. August ist die zweite deutsche Arbeiterdelegation mit dem Leningrader Schnellzug in Moskau eingetroffen. Von früh morgens an sammelten sich die Vertreter der verschiedensten Arbeiterorganisationen und aller größeren Betriebe Moskaus am Bahnhof zum Empfang der Delegation. Die gespannte Ungeduld, in der die versammelten Arbeiter die Delegation erwarteten, steigerte sich zu einer unbeschreiblichen Begeisterung, als der Zug einfuhr. Die Moskauer Arbeiter liefen den Delegierten entgegen und umarmten sie. Unter den Tönen der „Internationale" begaben sich die Gäste auf den Platz vor dem Bahnhof, wo sofort eine Versammlung abgehalten wurde. Für den Moskauer Gewerkschaftsrat begrüßte Genosse Reschetilow die Delegierten. Genosse Joglow erinnerte an den Besuch der ersten deutschen Delegation und wünschte, daß auch die zweite Delegation der deutschen Arbeiter zur Folge haben möchte das Erstarken des Bündnisses der Arbeiterklasse Deutschlands mit der Sowjetunion zum Schrecken der Bourgeoisie. Stürmisch begrüßt antwortete der sozialdemokratische Vorsitzende der Delegation Koerber auf die Begrüßung: „Wir sind euren Gewerkschaften dankbar, daß sie uns ermöglicht haben, eure Errungenschaften kennenzulernen. Das, was die bürgerlichen Zeitungen in Deutschland über die Sowjetunion sagen, ist Lüge. Wir begreifen, weshalb die deutsche Bourgeoisie die Arbeiter betrügt. Ohne diesen Betrug würden die deutschen Arbeiter nicht lange warten, um euren Weg zu beschreiten. Wir werden die Lüge, die über euer Land verbreitet wird, zerstreuen, und wir werden aus voller Kraft zur Herstellung einer Einheitsfront des deutschen und des sowjetrussischen Proletariats beitragen. Es lebe die Einheit der Arbeiter aller Länder! Es lebe die Weltrevolution!" Nach den Begrüßungsreden der Genossen Uhlmann und der Genossin Rausch begaben sich die Delegierten in ihre Quartiere. Ihre Untersuchungen beginnen die Delegierten mit der Besichtigung der Moskauer Fabriken und der Wasserwerke.

Rußlanddelegation der proletarischen Freidenker

Einer Einladung der russischen Freidenkerorganisation „Bund der Gottlosen" folgend, hat die Geschäftskommission der GpF beschlossen, zwölf führende Mitglieder aus allen Teilen des Reiches nach Sowjetrußland zu entsenden. Für Dresden ist Oberlehrer Heinicke (SPD) bestimmt worden. Zur Finanzierung gibt die Freidenkerorganisation eine Rußlanddelegationsmarke zum Preise von 20 Pfg. heraus. Die Delegation wird Deutschland am 15. August verlassen. Unter Finanzierung hierfür natürlich nur die Reisekosten innerhalb Deutschlands und die Unterstützung der Familien der Delegierten zu verstehen.

Ausschlußdrohung des „Vorwärts" gegen die Rußlanddelegierten

Berlin, 6. August. Der „Vorwärts" fängt bereits jetzt mit einer Ausschlußkampagne gegen den Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Ortsausschusses Berlin des ADGB, Fritz Naphtali, an, der Mitglied der Arbeiterdelegation ist und in Rußland erklärte, daß er bedauere, daß die deutschen Sozialisten die jenigen machen, die dabei sind, den Marxismus in die Tat umzusetzen. Der „Vorwärts" schreibt: „Wenn, er trotzdem geglaubt haben sollte, was ihm der Berichterstatter der „Roten Fahne" in den Mund legt, so würde er sich damit bewußt in den Dienst der bolschewistischen Lügenpropaganda gestellt haben, die darauf ausgeht, die Internationale Arbeiterbewegung zu spalten und die russische Arbeiterschaft in dem Wahn zu erhalten, es ginge ihr besser als der Arbeiterschaft der westeuropäischen Länder."

Diese Aeußerung des „Vorwärts" hat keinen anderen Sinn, als schon jetzt mit der planmäßigen Hetze gegen die Mitglieder der zweiten deutschen Arbeiterdelegation zu beginnen und den Ausschluß der SPD-Mitglieder dieser Delegation vorzubereiten.

Wuchtige Antikriegskundgebungen in Thüringen

Gera, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Antikriegskundgebung in Gera, einberufen von KPD, RFB und JK, war von 7000 Personen besucht. An dem Demonstrationszug beteiligten sich 5000 Arbeiter. Reichsbannerkameraden gaben ihrer Solidarität durch eine Ansprache Ausdruck.

Der Hintermann Köllings

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Montag Morgen" bringt Enthüllungen über den Hintermann Köllings. Nach dem Bericht des Magdeburger Korrespondenten des „M. M." war Kölling nur das ausführende Organ eines Landgerichtsrates Hofmann. Hofmann hat nach dem „M. M." den vor einiger Zeit veröffentlichten Brief Köllings an den Magdeburger Polizeipräsidenten fingiert, Kölling gab nur die Unterschrift. Hofmann ist bis zum 1. August Vorsitzender der Beschwerdekammer gewesen, die über die Haftbeschwerde Rudolf Haas' zu entscheiden hatte. Nach den Mitteilungen des „M. M." war Hofmann die einzige Person, die bei der Vernehmung des Schröder durch Kölling zugegen war, wobei Schröder sein Geständnis zurücktrug und Haas beschuldigte.

Die völkischen Fememörder drohen mit neuen Verbrechen

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Genosse und bekannte Funktionär Deutsch erhielt folgendes Schreiben:

„An Felix Deutsch. Du bist der Feme verfallen. Bei einer der nächsten Veranstaltungen deiner Organisation packt sie dich. N. N. N."

Auf dem Schreiben befand sich ein Zeichen, das einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen und 2 Hakenkreuzen darstellt. Der Genosse wird, wie festgestellt wurde, schon längere Zeit von Faschisten verfolgt.

100 Tage Bergarbeiterstreik

London, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute ist der 100. Tag des englischen Bergarbeiterstreiks. Die englischen Bergarbeiter halten aber immer noch ebenso standhaft fest, wie am ersten Tage des Kampfes. Trotz des Versuches einzelner Führer, die den Streik mit einem Kompromiß beenden möchten, wird der „Vermittlungsvorschlag" der Bischöfe von großen Massen der Streikenden abgelehnt. So haben die Bezirke Lancashire, Cheshire und Cumberland gegen den Vermittlungsvorschlag Stellung genommen. Die Unternehmer hoffen, die Bergarbeiter durch verschärften Terror kirre zu machen, möchten aber den Streik selbst bald beenden. Die englische Kapitalistenklasse hat durch den Bergarbeiterstreik bisher einen Verlust von 15 Millionen Pfund Sterling.

London, 8. August. (Telunion.) Gestern hat die 11. Woche des Streiks im Kohlenbergbau begonnen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter tritt am Dienstag in London zusammen. Baldwin, der seinen Besuch nach dem Kontinent verschoben hat, wird im Laufe der Woche nach der Downingstreet zurückkehren, um mit den anderen Kabinettsmitgliedern zu beraten. Der Arbeits- und der Bergbauminister befinden sich ebenfalls in London. Ein führender Grubenbesitzer erklärte auf die Frage nach der möglichen Wirkung einer Annahme der Vorschläge der Bischöfe durch die Bergarbeiter, diese Abstimmung habe für die Bergwerksbesitzer nicht mehr als akademischen Wert. Die Bergwerksbesitzer wollten nur auf der Basis längerer Arbeitszeit verhandeln.

Die Labour Party signalisiert Kriegsgefahr

London, 7. August. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat dem Vollzugsausschuß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Denkschrift über ihre Politik in der Abrüstungsfrage zur Erwägung unterbreitet. Es heißt darin u. a., die geplante, vom Völkerbund einberufene internationale Abrüstungskonferenz bezwecke die Herbeiführung nicht der generellen Abrüstung, sondern nur „Verminderung und Beschränkung der Rüstungen". Nach Ansicht der Unabhängigen Arbeiterpartei könne sie daher von wenig Nutzen für die Beseitigung der Kriegsgefahr sein. Die vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz erkenne anscheinend die Zwecklosigkeit ihrer Tätigkeit als Mittel zur Verhinderung des Krieges an. Die Politik der daran teilnehmenden Regierungen beweise, daß sie nicht aufrichtig seien. Die britische Regierung fahre zum Beispiel fort, Singapore auszubauen, halte ihre militärische Besetzung Indiens und Aegyptens aufrecht, habe die Besetzung des Irak ausgedehnt, halte weiter die Vertragshäfen von China besetzt, beharre auf ihrer Kontrolle Gibraltars und des Suezkanals und lehne es ab, die Anwendung einer Seeblockade aufzugeben oder ihre Haltung gegenüber der „Freiheit der Meere" abzuändern. Diese Handlungen, die auf Grund der Aufrechterhaltung der militärischen und der Flottenmacht begangen würden, zeigten, daß die britische Regierung nicht den aufrichtigen Wunsch habe, die Abrüstung herbeizuführen. Solange die Regierung eine derartige imperialistische Politik fortsetze, bestehe keine Aussicht auf Abrüstung oder Sicherheit für den Frieden. Es sei die Gefahr vorhanden, daß jede Vereinbarung zwischen derartigen Regierungen über Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen nur dazu dienen könnte, ein falsches Sicherheitsgefühl unter den Arbeitern zu erzeugen, indem es ihre Aufmerksamkeit von der falschen und gefährlichen Politik, die verfolgt wird, ablenke. Es sei die Pflicht der sozialistischen Bewegung, dies durch eine beharrliche Bloßstellung der imperialistischen Politik, die kriegsfördernd ist, zu verhindern.

Ein vernichtenderes Urteil über die Völkerbundspolitik der Sozialdemokratie ist kaum möglich. Was hier die englische Sozialdemokratie feststellt, haben wir Kommunisten der Arbeiterschaft stets gesagt. Die SPD will aber eben dieses falsche Sicherheitsgefühl unter der Arbeiterschaft erzeugen, sie will von der drohenden Kriegsgefahr ablenken. Daher die beharrliche Fortführung der Völkerbundspolitik, die aktive und passive Unterstützung der Hetze gegen die Sowjetunion.